

Beschluss des Landrats vom 11.02.2021

Nr. 792

29. Bedarfsgerechte flächendeckende Einführung von Tagesschulen 2020/112; Protokoll: ama

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Saskia Schenker (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion lehne das Postulat ab. Auf den ersten Blick wirkt es relativ moderat, denn es geht um ein Prüfen und Berichten, wie in den Gemeinden Tagesschulen eingeführt werden könnten. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich jedoch, dass eine *flächendeckende* Einführung von Tagesschulen angestrebt wird, was der FDP-Fraktion eindeutig zu weit geht. Damit ginge es plötzlich darum, eine Gemeindeaufgabe zum Kanton zu nehmen. Es ist wichtig, dass die Gemeinden entsprechende Überlegungen anstellen und in einigen Gemeinden existieren auch bereits gute Tagesstrukturen (beispielsweise Allschwil und Therwil). Es geht jedoch nicht an, dass der Kanton den Gemeinden Vorgaben über die Art des Angebots macht, denn an der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sollte nicht gerüttelt werden. Das im Postulatstext erkennbare Fernziel wird von der FDP-Fraktion abgelehnt, eine Prüfung des Anliegens in diesem Sinn und Geist würde keinesfalls unterstützt.

Ermando Imondi (SVP) schliesst sich den Ausführungen von Saskia Schenker an. Auch die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Das Anliegen würde zu stark in die Gemeindeautonomie eingreifen, zudem müsste demnach auch der Kanton bei der Finanzierung Unterstützung leisten.

Ernst Schürch (SP) ist erstaunt über die geäusserten Bedenken der Vorrednerin und des Vorredners. Es geht lediglich darum, zu prüfen und zu berichten. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Überweisung des Postulats. Es geht um bedarfsgerechte Angebote im Vorschulbereich und auf der Primarschulstufe, welche für Familien besonders wichtig sind. Daraus kann sich ein Standortvorteil für die Gemeinden und den Kanton ergeben. Eine Schule kann zu einer Tagesschule werden, muss dies jedoch nicht. Die ergänzenden Angebote wären freiwillig, es gäbe kein Obligatorium. Positiv wäre auch, dass die Kostenbeteiligung der Eltern von deren Finanzkraft abhängt und dass eine Beteiligung des Kantons geprüft werden muss. Für die SP ist die Betreuung von Kindern nicht das Gleiche wie das Kinderhüten. Für derartige Angebote braucht es daher unbedingt Fachpersonen. Aus den genannten Gründen stellt sich die SP-Fraktion einstimmig hinter die Überweisung des Postulats.

Andrea Heger (EVP) erklärt, dass die Grüne/EVP-Fraktion das Postulat unterstützen werde. Eini-gen ihrer Fraktionskolleginnen und –kollegen liegt es sehr stark am Herzen, dass es bei den Tagesschulen und der Tagesbetreuung schneller vorwärtsgeht. Aus diesem Grund wurden auch weitere Vorstösse eingereicht. Trotzdem sind die eingebrachten Bedenken ein Stück weit verständlich. Allerdings unterstützen auch auf kommunaler Ebene aktive Fraktionsmitglieder das Postulat, denn es geht nun in einem ersten Schritt um ein Prüfen und Berichten. Hat man die Auslegeordnung einmal vor sich, kann man immer noch entscheiden, was genau umgesetzt werden soll.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) erinnert daran, dass vor wenigen Wochen der Bericht zur Armutsstrategie und der aktualisierte Familienbericht lobend erwähnt worden seien. Es wurde klar dargelegt, dass die Betreuungsstruktur ein wichtiger Pfeiler im Leben der Kinder und der Familien darstellt. Das vorliegende Postulat ist ein Beitrag, um die Betreuungssituation im Kanton Basel-

Landschaft zu verbessern. Es geht um ein Prüfen und Berichten, wie und ob Gemeinden eine bedarfsgerechte, flächendeckende ausserschulische Kinderbetreuung auf der Ebene der Schule anbieten *können*. Nach Ansicht der CVP/glp-Fraktion ist eine Überweisung des Postulats aus verschiedenen Gründen wichtig: Die bestehenden Angebote sollen weiterentwickelt werden. Der Umstand, dass viele Gemeinden bereits heute Betreuungsangebote und/oder betreuungsnahe Elemente anbieten, zeigt klar, dass es sich dabei um ein echtes Bedürfnis handelt. Beispielsweise in Reinach werden die schulergänzenden Betreuungsangebote laufend erweitert (Tageslager, Aufgabenbetreuung, Konzepte für nachschulische Sportangebote, etc.). Der Kanton könnte gemeinsam mit den Gemeinden klare Empfehlungen entwickeln. Wenn alleinerziehende Elternteile ihre berufliche Karriere weiterentwickeln können, trägt dies zu einem wachsenden Steueraufkommen bei. Nicht zu unterschätzen ist der Standortvorteil für Gemeinden mit einem ansprechenden Angebot für Familien. Wer umfassende Tagesstrukturen anbietet, verfügt über einen grossen Standortvorteil und ist entsprechend wettbewerbsfähig. Familien suchen sich ihren Wohnort nach derartigen Kriterien aus.

Wichtig ist auch das Thema Kosteneinsparungen bei der Sozialhilfe. Wo Tagesstrukturen für Kinder bestehen, sind mehr alleinerziehende Elternteile berufstätig und entsprechend weniger Personen auf Unterstützung durch die Sozialhilfe angewiesen. Auch auf die Perspektive der Kinder wirkt sich ein gutes Betreuungsangebot sehr positiv aus. Es geht um Chancengleichheit, welche für die schulische und berufliche Laufbahn wichtig ist. Durch angemessene Tagesstrukturen werden Kinder aus schwierigen Verhältnissen in ihrer Integration unterstützt. Beispielsweise sind die frühe Sprachförderung oder die Frühförderung allgemein sehr wichtig. Tagesschulen sind pädagogisch sinnvoll und tragen dazu bei, Kinder umfassend zu fördern.

Beim FEB-Bereich handelt es sich um eine Gemeindeaufgabe. Der Familienbericht zeigte jedoch auf, dass die Familienbeteiligung an den Betreuungskosten in unserem Kanton höher liegt als der Schweizer Durchschnitt. Hier könnte der Kanton daher bezüglich der Kosten unterstützend eingreifen, denn auch der Staat profitiert letztlich davon, wenn mehr Eltern arbeiten gehen können. Anschubfinanzierungen durch den Kanton wären sehr sinnvoll.

Béatrix von Sury d'Aspremont kann sich nicht vorstellen, welche Argumente gegen eine Überweisung ihres Postulats sprechen würden.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) möchte die Argumente ihrer Vorrednerin nicht wiederholen. Von Saskia Schenkers Äusserungen zeigt sie sich sehr enttäuscht. Wer Kinder vom Baby- bis zum Erwachsenenalter partnerschaftlich aufgezogen hat, weiss, wie schwierig es für beide Elternteile ist, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Das Familienleben ist verschiedensten Einflüssen ausgesetzt (Arbeitsplatzwechsel, Trennung, Wegfall der Betreuung durch Grosseltern), weshalb ein Tagesschul-Angebot zu einer extremen Entlastung beitragen könnte. Erika Eichenberger Bühler bittet ihre Kolleginnen und Kollegen darum, in die Breite zu schauen und dem aktuellen Vorstoss eine Chance zu geben, dies zugunsten der extrem belasteten Familien, welche alle ihren Job über mehr als zwanzig Jahre so gut wie möglich leisten.

Christof Hiltmann (FDP) betont, die FDP-Fraktion sehe durchaus, dass Tagesstrukturen einem Bedürfnis entsprechen und dass viele Gemeinden bereits entsprechende Angebote eingeführt haben. Viele Lebenssituationen machen das Angebot solcher Strukturen notwendig. Als störend empfindet die FDP-Fraktion den Titel des Postulats, wonach Tagesschulen sowohl bedarfsgerecht als auch flächendeckend eingeführt werden sollen, und dass der Kanton aufgefordert wird, eine Arbeit für die Gemeinden zu übernehmen, welche die Gemeinden gut selbst leisten können. Genau diese Stimmen, welche ansonsten stets die Gemeindegouvernanz hochhalten, bringen nun einen Vorschlag ein, mit welchem sich der Kanton in eine Gemeindekompetenz einmischen würde. Christof Hiltmann erschliesst sich die Logik hinter dem vorliegenden Vorstoss nicht ganz. Es besteht bereits ein Angebot an Tagesstrukturen und die Gemeinden können solche auch laufend den

Bedürfnissen angepasst erweitern. Der Bedarf ist unbestritten gegeben, aber jede Gemeinde handhabt das Thema etwas anders. Wahrscheinlich benötigt eine Oberbaselbieter Gemeinde nicht das gleiche Angebot wie eine Gemeinde im unteren Kantonsteil. Das Thema «flächendeckend» ist daher in Vorherein obsolet. Die Gemeindesouveränität wird sonst immer hochgehalten, daher ist nicht einzusehen, weshalb nun beim Thema Tagesstrukturen nach dem Kanton gerufen wird. In einigen Gemeinden existiert bereits ein funktionierendes Angebot, über welches sich die übrigen Gemeinden informieren und es bedarfsgerecht umsetzen können. Bisher ist man im Baselbiet stets gut damit gefahren, Unterschiede zwischen den Gemeinden zuzulassen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist über die Statements der FDP enttäuscht. Vor zwei Wochen wurde der Familienbericht diskutiert, aus welchem klar ersichtlich wurde, dass Basel-Landschaft bezüglich Tagesstrukturen auf einem der hintersten Ränge platziert ist. Man kann nun schon das Hohe Lied der Gemeinden singen, dieses führte in der Konsequenz jedoch dazu, dass unser Kanton im schweizerischen Vergleich am Schluss der Rangliste steht. Hätte man sich im Bereich Altenpflege oder Sportanlagen beispielsweise nicht auf Kantonsebene überlegt, wie Verbesserungen erreicht werden können, so würden sich auch dort grössere Probleme zeigen. Um diese zu vermeiden, sprach der Kanton beispielsweise Investitionsbeiträge. Unser Kanton weist heute bei den Betreuungsangeboten ein klares Defizit aus. Dem Kanton muss es ein Anliegen sein, sich diesbezüglich in der Gesamtheit aller Gemeinden zu verbessern. Das vorliegende Postulat zielt einzig darauf ab, die Faktenlage bezüglich Tagesschulen zu verbessern. An erster Stelle muss dabei eine Abklärung des Bedarfs stehen, denn allenfalls sind Tagesschulen nicht überall in unserem Kanton nötig. Das Wort «flächendeckend» ist so zu verstehen, dass ermittelt werden soll, wo die Einführung von Tagesschulen Sinn macht. Dass man sich derartigen Abklärungen im Vorherein verweigert, kann Klaus Kirchmayr nicht nachvollziehen. Er bittet seine Kolleginnen und Kollegen daher darum, den vorliegenden Vorstoss zu überweisen.

Anita Biedert (SVP) betont, es gebe gescheite Leute – nämlich die zuständigen Gemeinderäte. Die Gemeinderäte verschiedener Gemeinden sind sehr aktiv und auch innovativ, was das Thema Tagesstrukturen für Kinder betrifft. Auf Gemeindeebene finden Bedarfsabklärungen statt, denn je nach Gemeinde präsentieren sich sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Eine umfassende Betreuung von Kindern entspricht auf jeden Fall einem Bedürfnis, jedoch stört sich Anita Biedert an der verlangten Anschubfinanzierung seitens Kanton, denn dies kann zu einem finanziellen Druck gegenüber den Gemeinden führen. Der Landrat soll das Thema den Gemeinden überlassen, vor allem auch den innovativen Gemeinderäten, welche ihre Sache tiptopp machen.

Jan Kirchmayr (SP) stellt klar, Tagesschulen und Tagesstrukturen seien zwei Paar Schuhe. Bei einer Tagesschule besucht die Schülerin/der Schüler die Schule vom Morgen bis in den Nachmittag hinein, inklusive Mittagessen und Erledigung der Hausaufgaben. In einer Tagesstruktur findet eine Frühbetreuung durch Betreuungspersonen statt, von dort aus gehen die Kinder zur Schule, meist nicht im gleichen Schulhaus. Weitere Angebote von Tagesstrukturen sind Mittagstisch oder Nachbetreuung nach der Nachmittagschule. Bei einer Tagesschule werden sämtliche Angebote unter einem Dach bereitgestellt, dies auch im Klassenverband. Geprüft werden soll mit dem aktuellen Vorstoss unter anderem, ob Tagesschulen auf der Primarschulstufe regional eingerichtet werden könnten. Niemand soll zum Besuch einer Tagesschule gezwungen werden. In der Stadt Zürich und auch in verschiedenen Zürcher Gemeinden werden entsprechende Versuche durchgeführt. Dass entsprechende Angebote für unseren Kanton nicht geprüft werden sollen, überrascht Jan Kirchmayr. Es ist wichtig, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Indem das Thema den einzelnen Gemeinden überlassen wird, findet eine solche Förderung nicht statt. Beispielsweise fehlt heute auch eine gesetzliche Grundlage für Tagesschulen. Gemeinden mit Tageskindergärten können diese heute nur im Rahmen von Pilotversuchen betreiben. Wir dürfen nicht ste-

hen bleiben, weshalb das vorliegende Postulat einen Schritt in die richtige Richtung darstellt. Niemand will allen Gemeinden die gleiche Regelung überstülpen, jedoch soll analysiert werden, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mittels Tagesschulmodellen gefördert werden könnte.

Urs Kaufmann (SP) verweist auf das Loblied auf die kreativen Gemeinderäte. Er selbst ist Gemeinderat in Frenkendorf, wo sich eine grosse Zahl von EinwohnerInnen mittels Unterschriftensammlung für Tagesstrukturen stark machte. Im Rahmen eines entsprechenden Anlasses wurde der Bedarf nach einem solchen Angebot klar festgestellt. Die Schwierigkeit für die Gemeinderäte liegt darin, dass Evaluierungen vorgenommen werden müssen, die viel Zeit in Anspruch nehmen. Als Gemeinderat wären Urs Kaufmann daher Grundlagen, welche durch den Kanton bereitgestellt würden, sehr willkommen. Auch wäre es hilfreich, wenn der Kanton verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten aufzeigen könnte. Für alle Gemeinden, welche einen Bedarf an Tagesstrukturen feststellen, wäre es optimal, sich auf eine gewisse Basis abstützen zu können. Das vorliegende Postulat muss daher unbedingt überwiesen werden.

Christof Hiltmann (FDP) wiederholt: Es bezweifelt niemand, dass ein Bedarf an Tagesschulen oder Tagesstrukturen besteht, nicht einmal die FDP und wohl auch nicht die SVP. Jedoch soll der Kanton in diesem Bereich keine grössere Rolle spielen, als er es heute schon tut. Klaus Kirchmays Beispiele sind eine Steilvorlage, denn gerade die Sport- und Altersinfrastruktur ist heute völlig überdimensioniert. Gerade diese ungünstigen Beispiele können nicht als Vorbild dienen. Der Kanton erledigt seine Aufgaben grundsätzlich gut, in den genannten Bereichen sollte er aber nicht dreinreden müssen. Das Umfeld in den einzelnen Gemeinden ist sehr unterschiedlich, jedoch wurde überall die Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erkannt. Für die Gemeindevertreterinnen und –vertreter bestehen bereits genügend Gefässe, um solche Themen untereinander besprechen zu können. Best Practices und Erfahrungswerte bestehen und der Kanton kann hier keinen Mehrwert bieten.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) ist Gemeinderätin und wäre sehr froh, wenn es zum Thema Tagesschulen das eine oder andere Konzept geben würde, ohne sich nach Zürich oder anderswohin wenden zu müssen. Sie erinnert die FDP an verschiedene Vorstösse zum Thema Trägerschaft der Primarschulen, welche in letzter Zeit eingereicht wurden. Alle Ratsmitglieder fanden es gut zu prüfen, wie die Lasten finanzieller Art besser aufgeteilt werden könnten. Den Kanton aus dem Thema Schulen komplett herauszuhalten, ist nicht möglich. Zum Thema Anschubfinanzierung meint die Votantin, diverse Gemeinden wären sehr dankbar für eine finanzielle Unterstützung, denn eine flächendeckende Kinderbetreuung für das ganze Gemeindegebiet und für jeden Schultag ist mit grossem Aufwand verbunden. Von vielen Seiten wird immer wieder auf den heute teilweise herrschenden Fachkräftemangel verwiesen: Gerade Tagesschulen könnten dazu beitragen, dass die Eltern den ganzen Tag einer Arbeit nachgehen können. Auch hinsichtlich Chancengleichheit wären Tagesschulen sehr zu begrüssen. Die Argumente gegen eine Überweisung ihres Vorstosses vermögen Béatrix von Sury d'Aspremont nicht zu überzeugen. Es handelt sich um ein Anliegen zugunsten der Familien, der Gemeinden und der gesamten Gesellschaft.

Pascal Ryf (CVP) meint, der Vergleich mit dem Kanton Basel-Stadt werde meist nicht gern gesehen, da dieser über andere finanzielle Möglichkeiten verfüge. Trotzdem zitiert er aus einer Medienmitteilung vom 26. Januar 2021: «Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt möchte für rund CHF 75 Mio. das Angebot bei den Tagesstrukturen ausbauen.»

Der Redner betreibt selbst eine Tagesstruktur in Basel-Stadt und es ist dort selbstverständlich, dass jedes Kind das Anrecht auf eine Tagesstruktur oder eine Tagesschule hat, egal wo es wohnt und welches Schulhaus es besucht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist damit in Basel-Stadt absolut gewährleistet. Pascal Ryf glaubt der FDP-Fraktion, dass sie diesen Anspruch nicht in

Frage stellt, aber dann muss sie nun Farbe bekennen und das Postulat unterstützen. Es geht darum, den Bedarf zu prüfen und darüber zu berichten. Auch wenn unser Kanton nicht mit Basel-Stadt verglichen werden kann, sollte auch hier angestrebt werden, grundsätzlich überall Tagesschulen anzubieten. Kein Kind soll gezwungen werden, ein solches Angebot zu nutzen. Die Forderung der SP, Kitas flächendeckend gratis zur Verfügung zu stellen, kann Pascal Ryf nicht unterstützen. Das Gleiche gilt für Tagesschulen. Eine Bedarfsabklärung soll nun jedoch vorgenommen werden. Sich im 21. Jahrhundert noch dagegen zu wehren, ist unverständlich.

Klaus Kirchmayr (Grüne) erhielt ebenfalls einen Steilpass von Christof Hiltmann. Der Glaube, dass der Kanton und die Gemeinden durch eine klare Aufgabenteilung die beste Mittelallokation erreichen, krankt an zwei Dingen: Es ist nicht die ursächlichste Aufgabe eines Staatswesens, die Mittel richtig zu allokalieren, sondern die Bedürfnisse der Gesellschaft adäquat abzuholen und die Lebensqualität entsprechend zu verbessern. Zum zweiten Punkt gibt der Redner Christof Hiltmann Recht, dass bei den Alters- und Pflegeheimen oder der Sportinfrastruktur eventuell übermarcht worden sei, allerdings immer mit tatkräftiger Unterstützung der FDP-Fraktion. Aus diesem Grund kann Klaus Kirchmayr nach wie vor nicht verstehen, dass in einem Bereich, in welchem unser Kanton nachgewiesenermassen hinterherhinkt, nicht über eine neue Rollenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden nachgedacht werden soll. Er selbst wäre der Letzte, welcher findet, der Kanton müsse nun Geld ausschütten und in allen Gemeinden müsse das Angebot gleich sein, aber bei den Bedürfnisabklärungen und beim Setzen von Anreizen komme dem Kanton durchaus eine Rolle zu. Entsprechend ist das vorliegende Postulat richtig.

Saskia Schenker (FDP) nimmt Bezug auf den FDP-Vorstoss betreffend Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden in den Primarschulen. Genau dort besteht das Problem, dass den Gemeinden sehr vieles von der kantonalen Gesetzgebung vorgeschrieben wird und diese nur noch über wenig Entscheidungs- und Handlungsspielraum verfügen. Die Schulen stellen einen grossen Ausgabenposten dar, die Vorgaben für die Gemeinden jedoch sind kantonal. Aus diesem Grund wurde ein Vorstoss eingereicht mit dem Ziel, die Probleme des geringen Handlungsspielraums für die Gemeinden zu lösen. Dass sich bezüglich Tagesschulen die gleiche Problematik ergibt, soll verhindert werden. Zudem kann die Aufgabenteilung in den beiden Kantonen BL und BS nicht miteinander verglichen werden. BL hat 86 Gemeinden und es wurde entschieden, dass die hier diskutierte Thematik im Kompetenzbereich der Gemeinden liegt. Das vorliegende Postulat wird unterschiedlich interpretiert. Jan Kirchmayr betonte, dass sich dieses auf die Einführung von Tagesschulen beziehe, während andere Votantinnen und Votanten sich für eine offene Prüfung verschiedener Tagesstrukturen aussprachen. Saskia Schenker erachtet es als interessant, das bestehende Angebot aufzuzeigen, jedoch kann es nicht das Ziel sein, eine Einführung von Tagesschulen für alle Gemeinden zu postulieren. Auch soll es nicht darum gehen, eine mögliche Mitfinanzierung durch den Kanton aufzuzeigen. Die im Postulat angesprochene Thematik ist interessant und wichtig, jedoch soll der Kanton den Gemeinden keine Vorgaben machen.

://: Mit 47:34 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2020/112 überwiesen.
